

Neue Wohnungen in Mamer: Ja aber ...!

In einem Faltblatt warnen die Grünen der Gemeinde Mamer vor einem geplanten Siedlungsprojekt in seiner jetzigen Form. Es handle sich laut Faltblatt um über 300 Wohnungen, die von der Firma Sitop südlich der Arloner Straße ("Auf Weweschgasse") geschaffen werden sollen. Zwar stehen "Déi Gréng" der Bebauung dieses Areal prinzipiell positiv gegenüber und begrüßen die Anstrengungen im Sinne von höherer Baudichte und Vermischung unterschiedlicher Wohnungstypen. Dennoch fordern sie wesentliche Nachbesserungen, unter anderem eine direkte Anbindung an die Arloner Straße, eine bessere Integration in die bestehende Bebauung, mehr soziale Akzente und eine Durchführung in drei Etappen, ohne massiven Bevölkerungszuwachs. Sie kritisieren, dass die Gemeinde zwar Mitglied im Klimabündnis ist, bei diesem Projekt aber kaum Vorkehrungen in den Bereichen Verkehr und Energiesparen getroffen habe, um den CO₂-Ausstoß zu minimieren. Beispiele, dass es auch anders ginge, gebe es genug: Sauerwiss in Gasperich, Ökosiedlung in Putscheid, geplante Ökosiedlung in Beckerich, ... Deshalb fordern sie alle BürgerInnen auf, bei der bis zum 4. November andauernden Kommodo-Prozedur unter Berufung auf solche Argumente Einspruch zu erheben.

Sichere Kandidatenländer

Wer zur EU gehört, gilt automatisch als "sicheres Land". Dieser Zustand wird mit dem Tag eintreten, da die zehn osteuropäischen sowie die 15 EU-Staaten die Beitrittsverträge unterzeichnet haben. Darauf hatten sich bereits Mitte Oktober die Justizminister der Europäischen Union auf ihrer Ratssitzung in Luxemburg geeinigt. Ab Januar 2004 wäre damit jeder Antrag auf Asyl von Angehörigen eines dieser Staaten "eindeutig unbegründet", heißt es in einer Erklärung der Minister. Eine Woche später kam das Europaparlament in einem Empfehlungstext in Sachen gemeinsames Asylrecht zu einem anderen Schluss: Das Asylrecht solle auch für EU-BürgerInnen gelten, so der Beschluss. Für die von den Justizministern zurückbehaltenen Abmachung braucht es jedoch keinerlei parlamentarischer Absegnung. Die nationalen Parlamente und das Europaparlament seien dadurch umgangen worden, kritisiert die Organisation Statewatch in einer Pressemitteilung. Die Einschätzung, alle zehn Länder seien als "sicher" einzustufen, teilt Statewatch zudem nicht. Es könne beispielsweise keineswegs als "sicher" gelten, Roma in verschiedene dieser Länder zurückzuschicken.

Motivierte Männer vor

Dumme Frage, intelligente Antwort - auch das gibt es in der Welt der questions parlementaires. Wieviel Frauen, wieviel Männer arbeiten im Frauenministerium wollte der ADR-Abgeordnete Aly Jaerling wissen, der sich auf einer heißen Spur der "discrimination fondée sur le sexe" bei der Einstellungspolitik des Hauses währte.

Tatsächlich: Im besagten Ministerium arbeiten 12 Frauen, davon vier Voll- und acht Halbzzeit, so die überraschende Antwort von Marie-Josée Jacobs. Auf freie Posten hätten sich stets mehr Frauen als Männer gemeldet, die weiblichen Anwärterinnen seien in der Regel fachlich überlegen, ihr Interesse an der Arbeit sei höher gewesen als das der männlichen Kandidaten, so die Auskunft. Die Frage zeige, dass es auch heute, sieben Jahre nach der Einführung eines Frauenministeriums, keine Selbstverständlichkeit sei, dass Verantwortungsposten alleine von Frauen übernommen werden. Dass Frauen Fraueninteressen gegebenenfalls besser vertreten können, und deshalb eingestellt wurden, sei nun einmal keine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts. Einen Trost für die Opfer der Diskriminierung gibt es: 1998 ersetzte ein Mann den "Congé de maternité" einer Mitarbeiterin.

ANTI-ESSO-KAMPAGNE**Böser Tiger**

Greenpeace hat Esso den Kampf angesagt. Den Abschluss der Stop-Esso-Woche bildete eine Aktion an Luxemburgs Tiger-Zapfsäulen. Oberstes Ziel: Der Konzern soll aufhören, George Bush in seiner Kyoto-Blockade zu unterstützen.

(dw) - Wer am vergangenen Freitag an einer der 28 Esso-Tankstellen in Luxemburg noch rechtzeitig vor dem Wochenende den Tiger in den Tank packen wollte, hatte Pech. Statt Benzin bekamen TanktouristInnen und Einheimische ein Flugblatt in die Hand. Rund 650 Greenpeace-AktivistInnen hatten sich früh morgens an den Säulen festgekettet und die Ausgabe der kraftspendenden Tankfüllung verhindert.

"Stop Esso", den "Klimakiller Nr. 1", so die kurze Forderung, zu deren Verbreitung Greenpeace-Lernnen aus 30 verschiedenen Ländern angereist waren. Die meisten davon mit dem Bus oder dem Zug, betont Martina Holbach von Greenpeace-Luxemburg. Die KollegInnen aus Finnland hatten eine zwei Tage lange Anreise auf sich genommen, um dabei zu sein. Einen Tag lang währte die von der Organisation zwangsweise verordnete Esso-Tankpause, am Abend wurde die Blockade aufgelöst.

Freiwillig, denn niemand war bis dahin von der Polizei oder den Tankstellenbesitzern aufgefordert worden, das Gelände zu verlassen. Eine strafrechtliche Verfolgung, die Esso-Luxemburg laut "tageblatt" eingereicht haben soll, kommt damit eigent-

lich nicht in Frage. Etwas, das selbst die Beteiligten überrascht. "Wir hatten mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch gerechnet", sagt Martina Holbach. Die zu erwartenden zivilrechtlichen Klagen sind bislang bei Greenpeace nicht eingegangen.

Auch Shell und BP sind nicht gut

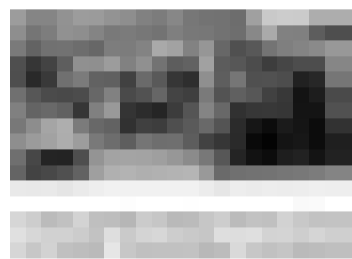
Ganz anders erging es dem deutschen Greenpeace-Klima-Experten Karsten Smid. Ende August hatte das Hamburger Landgericht gegen Smid eine einstweilige Verfügung verhängt. Stolze 250.000 Euro muss der Greenpeace-Mann demnach bezahlen, sollte er die Zentrale, Raffinerien und Tankstellen des Esso-Konzerns "zum Zwecke der Meinungskundgabe rechtswidrig betreten, besteigen oder sich darauf, darunter oder darin aufhalten". Auch gegen Greenpeace-Deutschland wurde nach einer Aktion in der Hamburger Konzernzentrale Ende Mai eine einstweilige Verfügung verhängt.

Die Blockade in Luxemburg war der Abschluss einer "Stop-Esso-Woche", die Greenpeace weltweit anlässlich der Klimakonferenz in Neu-Delhi ausgerufen hatte. "Wir wollen in erster Linie Druck auf die Muttergesellschaft ExxonMobil in Texas ausüben", erklärt Martina Holbach. Exxon sei maßgeblich daran beteiligt, dass US-Präsident Bush auf klimafeindlichem Kurs

bleibt. Was Exxon/Esso in den Augen von Greenpeace schlimmer macht, als andere Ölmultis: Der Konzern hält nach wie vor an der Behauptung fest, dass der Klimawandel in keinem Zusammenhang mit der Verbrennung von Öl steht.

Konkret soll Esso, so Greenpeace, endlich "in moderne Energieformen investieren, die das Klima nicht weiter beeinflussen". Das Problem, dass andere Konzerne versuchen, sich mit solchen, nicht selten Alibi-Investitionen reinzuwaschen, sieht auch Greenpeace-Sprecherin Holbach. Auch Shell oder BP seien keine "guten" Ölkonzerne, hier hätte man allerdings im Ansatz kapiert, dass man in Sachen Energie nicht alleine auf das Mineralölgeschäft setzen sollte.

Und weil Esso nicht einsichtig ist, bleibt der Konzern vorrangig die Zielschiebe von Greenpeace-Kampagnen. Zum Boykott rufen bislang aber nur die Greenpeace-Filialen in Großbritannien und USA auf. "Wir diskutieren noch darüber", so Holbach. Den im Quotidian erhobenen Vorwurf, die Aktion am vergangenen Freitag sei "une performance quasi militaire" gewesen, die uniformierten AktivistInnen seien wie eine Miliz vorgegangen, weist die Sprecherin von sich: "Man kann nicht 600 Leute locker durch die Gegend schicken." Die disziplinierte Vorgehensweise habe wesentlich dazu beigetragen, dass es nicht zu Zwischenfällen kam.

**EDUCATION SEXUELLE****"Les jeunes ne se sentent pas plus libres que nous à l'époque"**

Le Planning Familial, icône des années 60 et 70, est en train de faire peau neuve. Le déménagement d'un de ses trois centres en fournit le point de départ, a expliqué sa présidente au woxx.

(rw) - Après un déménagement du quartier de la gare à celui de Bonnevoie, le "Planning familial" a inauguré mardi son nouveau centre pour Luxembourg-Ville. Woxx a profité du moment pour s'entretenir avec sa présidente, Danièle Igniti.

Le Planning familial, fondé en 1965, est parfois considéré comme un vestige de ces temps. Est-ce que le déménagement va prêter l'occasion pour un travail sur son image de marque?

Justement, nous voulons faire une sorte de nouveau début. Jusqu'ici nous avons fait notre travail sans trop prendre la parole en public. Maintenant nous voudrions devenir politiquement plus présents par rapport au sujet de l'éducation sexuelle et montrer que nous sommes un interlocuteur pour les décideurs. Mais nous voulons aussi devenir plus offensifs vis-à-vis des jeunes, au lieu d'attendre qu'ils viennent chez nous.

Peut-on encore atteindre les jeunes d'aujourd'hui avec des concepts comme celui de la libération des femmes ou le droit de disposer de son corps?

La question est toujours d'actualité. Aussi longtemps que leur monde est intact, les jeunes ne se sentent pas concernés. Mais lorsqu'on leur impose des interdictions, lorsque les parents s'opposent à ce qu'ils viennent chez nous, ou lorsqu'ils rencontrent des problèmes dans leur

couple ou avec leurs copains, le besoin de se libérer, de décider soi-même, est de nouveau présent et devient essentiel. De là à motiver des jeunes pour s'engager pour ces idées ... Ils profitent de nos services, mais ils ne sont pas prêts à s'investir eux-mêmes.

Est-ce que dans les familles on traite plus ouvertement le sujet de la sexualité?

Non. Par les médias, les jeunes reçoivent énormément d'informations sur le fonctionnement de la sexualité, les termes techniques, les positions lors de l'acte sexuel. Et leur vocabulaire dans ce domaine est frappant. Mais dès qu'on parle du relationnel, de l'affection, ils sont sans voix. Dans ce domaine ils ne se sentent pas plus libres que nous à l'époque.

Et les parents peinent toujours à permettre aux jeunes de vivre leur sexualité. Ce sont encore surtout les filles qu'on retient: pas qu'on les trouverait plus sensibles, mais à cause du risque d'une grossesse.

Avant, les filles venaient toujours seules et en cachette. Maintenant il y a plus de mères qui viennent chez nous avec leurs filles, ou qui nous les envoient, mais souvent avec l'attitude de déléguer une tâche. Il reste difficile pour les parents de parler de sexualité à leurs enfants.

Ce sont toujours essentiellement des jeunes femmes qui viennent chez vous?

Oui, mais la part des hommes augmente de façon spectaculaire. Les hommes viennent surtout pour des besoins précis: l'homosexualité, des problèmes de violence avec lesquels on voudrait venir à bout, mais rarement pour se faire conseiller sur les méthodes de contraception. Parfois, les jeunes femmes emmènent maintenant leurs copains jusque dans la salle de consultation.

Dans quel contexte politique évolue le Planning?

Nous manquons toujours de soutien. Nous ne pouvons même pas conventionner un médecin pour chaque centre. Pour les consultations psychothérapeutiques, les files d'attente sont affreusement longues. Puisque nous n'avons pas de personnel administratif, notre conseil d'administration fait la gestion administrative. Il reste très peu de temps pour un travail politique. On peut se poser la question, si ce n'est pas voulu ainsi.

Vu le manque d'intérêt des autorités étatiques pour la nécessité d'une éducation sexuelle systématique, nous avons pris l'initiative de collaborer avec les communes. Dans plusieurs communes, nous avons conclu une convention qui prévoit qu'une de nos collaboratrices enseigne l'éducation sexuelle dans les classes de cinquième et de sixième primaire. Il y a une forte demande de la part des enseignants. Du côté du ministère, on trouve que ce serait la tâche du personnel enseignant, mais il faut une formation spéciale et une certaine aptitude pour le faire. En plus, la relation d'autorité entre enseignant et élèves rend souvent impossible un réel dialogue. C'est d'ailleurs la même chose pour les parents.

